

**Ostermarsch 2016 Romanshorn, 28. März**  
**CETA, TTIP und TISA für die Weltherrschaft der Konzerne**  
**Referat Jochen Kelter, Schriftsteller, Ermatingen und Paris**

CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement: EU - Kanada)

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership: EU - USA, wodurch das grösste Freihandelsgebiet der Welt entstünde)

TISA (Trade in Services Agreement: 50 Staaten, die zusammen 75% des globalen Handels mit Dienstleistungen bestreiten, seit fünf Jahren geheime Verhandlungen in Genf)

NAFTA (North American Free Trade Agreement: seit 1994 zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft)

NAFTA als abschreckendes Beispiel, die Migration (von Mexiko in den Norden) wurde nicht etwa beendet, sondern hat sich verschärft. Das Gegenteil war versprochen worden. Ein Arbeiter in der Autobranche in den USA verdient mit 18, - \$ pro Stunde so viel wie schon sein Vater. Aber der Dollar ist viel weniger wert als vor 30 Jahren, Preise und Abgaben sind um ein(en) Drittel gestiegen. Die Autozulieferbranche ist nach zum grossen Teil nach Mexiko abgewandert, wo die Arbeiter einen Hungerlohn bekommen. Ca. 700.000 Arbeitsplätze gingen in den USA verloren, mexikanische Bauern sind bankrott gegangen, weil die USA das Land mit hochsubventioniertem Mais und Weizen überschwemmen. Einzige Gewinner: die Konzerne.

CETA fertig verhandelt, aber noch nicht ratifiziert.

TTIP hat ähnliche Stossrichtung: Staaten müssen Konzernen zwingend Bewilligungen in den Bereichen Hochbau, Bergbau, Erdöl- und Gasgewinnung erteilen, auch wenn das öffentliche Interesse einem Projekt entgegensteht. Kommunen und Regionen dürfen Projekte nicht mehr regional ausschreiben, auch wenn das im Einzelfall hirnrissig ist: etwa beim Bau einer Feuerwehrrhalle in Bremen oder Buxtehude. Schiedsgerichte: bei denen Konzerne Staaten wegen Gewinnschmälerung verklagen können (s. jetzt schon Vattenfall gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs). Wegen des starken Widerstands gegen diese Schiedsgerichte sollen diese nun „paritätisch“ besetzt werden: ein Drittel EU, ein Drittel USA, ein Drittel aus Drittländern. Nur wer nimmt Einsitz in diese Gerichte? Und warum braucht es Sondergerichte, wenn doch Europa wie die USA über eine funktionierende ordentliche Gerichtsbarkeit verfügen? Die Verhandlungen sind nach wie vor geheim: EU-Kommission verhandelt (Exekutive), der EU-Ministerrat ratifiziert (Legislative). EU- und nationale Parlamente werden ausgeschaltet. Erhebliche Verschlechterungen sind zu erwarten in den Bereichen: Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Arbeitsrecht, Umweltschutz und Kultur. Die Schweiz wäre nicht betroffen? Der Bundesrat, respektive in seinem Auftrag das Seco hat schon einmal in Brüssel angefragt, ob das TTIP-Abkommen Drittstaaten offenstehe. Die Antwort war positiv. Die Schweiz würde einem extrem neoliberalen Wirtschaftsabkommen beitreten, bei dessen Aushandlung sie noch nicht einmal beteiligt war!

TISA wird in Genf von 50 Staaten, die zusammen 75% des globalen Handels mit Dienstleistungen bestreiten., geheim verhandelt (Bedingung der USA, ihre Forderungen dürfen bis fünf Jahre nach Inkrafttreten geheim gehalten werden) Die Initiative zu den Verhandlungen soll aus den USA gekommen sein. Schwellenländer und Länder der sog. Dritten Welt sind nicht beteiligt. Die Schweiz ist mit federführend, nur weiss man in der Schweiz kaum etwas über das geplante Abkommen. Öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheitswesen, Wasser- und Energieversorgung, Bildung und Finanzen sollen noch stärker privatisiert werden. Nationale Arbeits- und Sozialgesetze, Verbraucher- und Umweltschutzvorschriften sollen dafür geopfert werden. Besonders pikant: Einmal

beschlossene Privatisierungen können nie mehr rückgängig gemacht werden. Die Konzerne haben dazu gelernt. Etwa, dass immer mehr deutsche Kommunen die kostspielige Privatisierung der Energie- und Wasserversorgung rückgängig machen.

Mit dem seit 20 Jahren bestehenden NAFTA - Abkommen, den Freihandelsabkommen der USA im pazifischen Raum würden nun CETA, TTIP und TISA die endgültige Übernahme der Weltherrschaft der Konzerne und Finanzinstitute und die Abdankung der Politik bedeuten. TTIP und TISA sollen den „krönenden Abschluss“ eines weltweit gespannten Netzes von Freihandelsabkommen bilden, mit dem die global tätigen Konzerne und Grossbanken ihre Herrschaft nicht nur endgültig zementieren. Gleichzeitig wird die Ideologie des Neoliberalismus mit ihrer extremen Gewinnorientierung, die die Pauperisierung ganzer Völker und Bevölkerungsschichten in Kauf nimmt, völkerrechtlich verbindlich. Wir haben es zum ersten Mal seit dem Ende des 2. Weltkriegs (und der Konferenz von Bretton Woods im Jahr 1944) mit einer solchen juristisch bindenden Verschiebung zu tun, die die Weltwirtschaft völlig neu ausrichtet.

Man sollte auch nicht vergessen, dass die EU in den letzten Jahren Freihandelsabkommen mit der Karibik (2008) und zwischen 2009 und 2015 mit Staatengemeinschaften im südlichen, im westlichen und im östlichen Afrika geschlossen hat, sogenannte „Economic Partnership Agreements (EPAs)“, die regelrechte Knebelverträge sind. Diese Länder müssen ihre Märkte zu über 80 % für europäische Einfuhren öffnen, um weiterhin Zugang zum europäischen Markt zu behalten. Industrien können sich in Afrika daher gar nicht erst entwickeln oder stehen ebenso vor dem Aus wie die Landwirtschaft. Europa überschwemmt diese Länder mit Maschinen und billigen und subventionierten Lebensmitteln wie etwa den Teilen von Hühnern, die sich hierzulande nicht verkaufen lassen. Als letztes Land weigerte sich Kenia zu unterschreiben. Da drohte die EU mit Strafzöllen auf Kaffee und Schnittblumen, und die Regierung in Nairobi knickte daraufhin ein.

Auch auf diese Weise produziert man Flüchtlinge, sie kommen ja bereits aus Schwarzafrika, aus der Sub-Sahara - Zone zu uns. Flüchtlinge produziert der Westen (die USA und Europa) nicht allein durch Kriege wie in Afghanistan, dem Irak oder Libyen, sondern auch mit ökonomischen Mitteln, durch Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit. Die Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen, die die Politiker hierzulande wie ein Mantra vor sich her tragen, wird auf diese Weise völlig obsolet. Was wir benötigen, meine Damen und Herren, ist keine Kurskorrektur, sondern einen völligen Kurswechsel. Wir brauchen einen erneuten Primat der Politik über die Wirtschaft. Und da die Politik dazu nicht mehr in der Lage und schon lange nicht mehr willens ist, wird dies eine Aufgabe der Zivilgesellschaft sein. Ich gehe davon aus, dass noch die nächste Generation mit dieser Aufgabe beschäftigt sein wird. Wir brauchen nicht so sehr politische Parteien wie politische Bürger, eine mündige Zivilgesellschaft, die sich nicht durch Parteiprogramme entmündigen und durch eine neoliberale Ideologie der Globalisierung und Deregulierung einschüchtern lässt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.